

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 494.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 201.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Walter Seidenleben in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Verleger: Dr. Walter Seidenleben in Halle a. S.

Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 188; Telephon-Telegraph 1272. Eing. Nr. 634.
Verleger: Dr. Walter Seidenleben in Halle a. S.

Dienstag, 20. Oktober 1908.

Halle a. S., Leipzigerstraße 14.
Telephon Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Zur Lage auf dem Balkan.

Die Anzügen Bosniens. Der österreichische Minister Graf Apponyi hielt in Zagreb vor seinen Wählern eine Rede in der er zur Rechtfertigung der Anzügen Bosniens sagte:

Wie sich zu dieser Aktion genügt gewesen, die an den bestehenden Machtverhältnissen nichts ändert und nur die Integrität unserer Machtgebiete wahrt; die lärmenden Demonstrationen in der Nachbarschaft Bosniens rechtfertigen glänzend die Notwendigkeit der Aktion. Diese Kundgebungen verraten jene unbedingten Aspirationen, die jenseitlich durch die formale Anerkennung des Rechtszustandes genügt wurden. Diesen Verletzungen durften wir keinen Spielraum gewähren; wir hätten ihnen später nur mit größeren Opfern entgegenzutreten können. Die Türkei, deren Umgehung wir mit größter Sympathie begrüßen, wird wohl wünschen, daß durch die Eingliederung nichts verloren, dagegen ein Gewinn gewonnen sei. Wir hoffen, daß die in diesen Tagen zu erwartenden Verhandlungen die besten Früchte dieser Hoffnung beschließen, als wenn wir der Entscheidung der Dinge mit vereinigten Kräften zugehen hätten.

Der englische Botschafter Goschen ist am Sonntag vom Kaiser von Österreich empfangen worden und überreichte ein eigenhändiges Antwortschreiben des Königs Eduard auf die Benachrichtigung von der Annexion Bosniens durch Kaiser Franz Josef.

Der „Pester Lloyd“ erfährt hierzu aus authentischer Quelle, der Ton des Handschreibens sei von Freundschaft diktiert, und das Handschreiben enthalte keine Stelle, welche im entferntesten Empfindlichkeit hervorgerufen könnte.

In einer Versammlung der selbständigen Serben-Parlei in Serajewo, der größtenteils die Bauerschaft angehört, ist beschlossen worden, an den Kaiser von Österreich eine Deputation von 60 Mitgliedern zu entsenden, um ihm für die Annexion Bosniens zu danken und ihm eine Guldigung darzubringen. Die Deputation besteht aus einem Häupte aus Banern, zur anderen Hälfte aus Geistlichen und Bürgern.

Ein Zwischenfall zwischen Österreich-Ungarn und Serbien. Die Wiener Neue Freie Presse meldet: Der Spezialkorrespondent der „Neuen Freien Presse“ ist am Freitag in Belgrad auf der Straße überfallen und tödlich beleidigt worden. Auf Weisung des österreichischen Ministers des Auswärtigen, Herrn v. Aehrenthal, hat die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Belgrad von der serbischen Regierung Genugung und die Bestrafung der Täter nachdrücklich gefordert.

Bei den Demonstrationen am Sonntag in Belgrad wurden 40 Verhaftungen vorgenommen; eine strenge Untersuchung wurde eingeleitet. Die meisten Belagerten wurden wegen der Gewaltthaten gegen die österreichisch-ungarischen Geschäftsleute und sprachen sich für einen friedlichen Vorkauf aus. Die Belagerten trugen einen Appell an die Frauen Englands, Frankreichs und Italiens, sich des Schicksals des serbischen Volkes anzunehmen. — Die Jahresversammlung der Nationalpartei billigte die Forderung der Schließung in der bosnischen Frage.

Die Konferenzfrage. Der „Köln. Ztg.“ wird aus Konstantinopel vom 18. d. M. telegraphiert: Die türkischen Kreise sind immer weniger geneigt, die Forderung zu beschließen und würden jetzt eine unmittelbare Verhandlung vorgeziehen. Die türkische Presse verlangt einstimmig die Abschaffung der Kapitulationen als eine der unvermeidlichen Entschädigungen.

Das österreichische Bureau erfährt, daß das Programm, welches eventuell zur Grundlage für die Erörterungen in der Konferenz dienen soll, jetzt Gegenstand der Beratung unter den verschiedenen Großmächten ist und daß Italien bereits sein Einverständnis kundgegeben habe. Das österreichische Bureau ist ferner ermächtigt, zu erklären, daß weder die Dardanellenfrage, noch die Frage der Abgrenzung der Kreten als Grenzland vor die Konferenz kommen werde. Beide Fragen sollen gemäß den Wünschen der türkischen Regierung erledigt werden. Des weiteren erfährt das österreichische Bureau, daß bulgarische Gesandtschaften in London habe der britischen Regierung mitgeteilt, er sei von seiner Regierung amtlich beauftragt, positiv die kategorische Versicherung abzugeben, daß Bulgarien jeden möglichen Schritt tun werde, um einen Krieg mit der Türkei zu vermeiden.

Die neuesten Meldungen lauten: Cetinje, 19. Oktober. Der Präsident des Staatsrates, Wutschikowitsch, ist in außerordentlicher Mission nach Petersburg abgereist.

Petersburg, 19. Oktober. Der König der Serben empfing heute den Minister Rismolowski in längerer Audienz.

Wien, 19. Okt. Aus Cattaro (Dalmatien) wird gemeldet, daß der österreichische Konsul in Antivari (Montenegro) im Konsulate von Montenegro inoffiziell inoffiziell wurde. Zwei österreichische Panzerjagde und sechs Torpedoboots sind nach Cattaro abgegangen. Ein Dampfer unter englischer Flagge wurde von einem österreichischen Torpedoboot angehalten und beschlagnahmt, weil er Waffen für Montenegro an Bord hatte.

Wien, 19. Okt. Aus verschiedenen Grenzpunkten werden Konfiskationen bedeutender Sendungen von Waffen und Munition nach Serbien gemeldet.

Agram, 19. Okt. In der Nacht zum Sonntag überschritt eine montenegrinische Waabe die österreichische Grenze. Bei einem Zusammenstoß mit österreichischen Truppen blieben vier Tote auf dem Platze. Die Montenegriner stürzten ein bosnisches Dorf ein.

Wien, 19. Okt. Es verlautet, daß ein informeller persönlicher Kontakt, daß es sich bei den Nachrichten um Meinungsverschiedenheiten zwischen König Peter und dem Kronprinzen um ein berechnetes Spiel im Königshaus handelt, wobei der unterautonome Thronfolger mit Wissen der Regierung vorgehoben werde, um die österreichisch-ungarische Regierung durch fortgesetzte Herausforderungen zu reizen. Der zweitälteste Sohn des Königs von Schweden sei, wie ernsthaft Kreise wissen wollen, amserben, für den Fall eines Dynastiewechsels eine Dynastie Bernadotte zu begründen.

Der deutsch-französische Zwischenfall in Casablanca.

Der „Köln. Ztg.“ wird übereinstimmend aus Berlin und Paris bestätigt, daß bei den Verhandlungen, die zwischen den Kabinetten über den Zwischenfall in Casablanca stattgefunden haben, auch die Frage des schiedsgerichtlichen Austrages gestreift worden ist, falls sich eine Einigung auf andere Weise nicht erzielen ließe. Formale Vorschläge in dieser Richtung sind jedoch noch nicht gemacht und auch keine Entschuldigungen getroffen worden. Von deutscher Seite aus war das nicht möglich, weil das zur genauen Prüfung der Streitfrage erforderliche Material erst in diesen Tagen in die Hände der deutschen Regierung gelangen wird. Die Meldung mehrerer französischer Blätter, daß die deutsche Regierung bereits einen förmlichen Antrag auf schiedsrichterliche Regelung gestellt habe, ist demnach unzutreffend.

Eine spätere Meldung, der in Paris erscheinenden „Agence Havas“ befragt: Es wird bestätigt, daß Frankreich gemäß seiner internationalen Politik es nicht ablehnen würde, die Regelung der Deferenzenangelegenheit einem Schiedsgericht anzuvertrauen. Angesichts des völligen Auseinandergehens der Berichte der französischen und deutschen Beamten über die tatsächlichen Vorkommnisse und den Rechtsstandpunkt ist aber Frankreich der Meinung, daß ein Schiedsgericht die Frage in ihrem ganzen Umfang behandeln müsse.

Deutsches Reich.

* **Schutztruppenoffiziere.** Oberstleutnant Quade vom Kommando der Schutztruppen ist als Abteilungschef in den Generalstab der Armee zurückberufen worden und wird Chef der Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabs. — Beim Kommando der Schutztruppen im Reichs-Kolonialamt tritt an Stelle des Oberstleutnants Quade der Oberst von Glasenapp, bisher Inspektor der Marine-Infanterie, und zwar als „Kommandeur der Schutztruppen“.

* **Kultusminister Dr. Holtz erkrankt.** Seine Erregung Kultusminister Dr. Holtz ist seit einiger Zeit an den Bronchien erkrankt. Auf den dringenden Rat seiner Ärzte soll er sich zu einer Kur nach Merano begeben.

* **Die Bestrafung in dem Verbrechen des jungen Fürsten Wiemarck hält nach einer Meldung aus Regensburg an.** Es besteht die Aussicht, daß er am 21. cr. nach Friedrichshagen gebracht werden kann.

* **Antikie Wahlmeldung.** Bei der Reichstagswahlwahl am 14. d. Mts. für den Wahlkreis Potsdam 4 (Brenz, Laus, Angermünde) wurden insgesamt 10 796 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten Oberpräsident von Winterfeldt 39 211 Stimmen (40,1%), 11 055, Pastor Schmidt-Naßon (lib.) 2704 und Kandidat Meißner (Soz.) 3033 Stimmen; 4 Stimmen waren gesplittert. v. Winterfeldt ist somit gewählt.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Am Laufe des Sonntags fanden auch in anderen Städten Böhmens Ruhestörungen statt. In Gablonz wiederholten sich die Zusammenstöße zwischen den Sozialdemokraten und den Deutsch-Nationalen. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her. In Budweis drohte es anlässlich der Beerdigung des Kaisers Franz Josef durch die Deutschen zu Konflikten zwischen Deutschen und Tschechen zu kommen. Der Polizei und Gendarmerie gelang es, die beiden Parteien zu trennen. In Teschly fanden blutige Zusammenstöße zwischen Deutsch-Nationalen und Sozialdemokraten statt. Sechs Personen wurden verletzt, davon eine schwer. Die Polizei und Gendarmerie gestreute die Menge. Sehn Personen wurden verhaftet, davon acht wieder freigelassen. In Karlsbad fanden auch Zusammenstöße vor dem hiesigen Versteigerungssaal statt. Da eine Wiederholung der Demonstrationen befürchtet wird, wurde die Gendarmerie verstärkt.

Berlin. Die Stadt Urmia ist ruhig. Zwischen Urmia und Salmas hat der Verkehr fast gänzlich aufgehört. Die persische Post ist zweimal in einer Woche unterbrochen worden. Die türkischen Truppen befinden sich auf dem Rückmarsch nach der Türkei.

Wie wir später noch aus Tschern erfahren, hat Prinz Herman Petma seine Entsendung nach Tschern abgelehnt. An seiner Stelle ist noch niemand ernannt worden. Eine Wachbataillon und zwei Serbischen Regimenter sind in Glimarisch nach Heroldsboden abgeordnet worden, um sich mit der auf dem Rückzuge befindlichen Strafexpedition um ein Daulsch zu bereinigen. Am 6. Daulsch hat sich auf sein Gut in Ghorosin zurückgezogen.

Marokko. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der französische und der spanische Botschafter in Berlin übergeben am Montag dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin den Entwurf des Schiedsrechts, das der Doyen des diplomatischen Stoffs in Tanger in der Anerkennungfrage an Mulay Hafid richten soll.

Nach einer Meldung aus Melilla hat sich die Lage El Raghis verschlimmert. Sonntagabend wurde er von den Truppen Mulay Hafids angegriffen und ins Gebirge zurückgedrängt; seine Verbindung mit Melilla wurde abgebrochen. Die Besatzungen seiner Partigänger wurden von den Festungen getrennt. In der Festnahme der von El Raghis eingereichten Postkisten konnten die Truppen durch den Gouverneur von Melilla gehindert werden.

XII. Provinzial-Synode.

(Originalbericht.)
m. Reichsburg, 19. Oktober 1908.
Die heutige Sitzung wird vom Vorsitzenden, Grafen Wartenstein, gegen 10 1/2 Uhr eröffnet. Das Haus ist gut besetzt. Synodale Luther spricht das Eröffnungsgebet. Der Vorsitzende teilt mit, daß das Programm der Provinzial-Synode und die Tagesordnung für die Provinzial-Synode in der Tagesordnung ein. Eröffnung einer dritten General-Superintendenten. Berichterstatter Synodale Winkler. Der gleiche Antrag hat die Synode bereits in den Jahren 1890, 1893 und 1897 beschließt. Der am 23. Oktober 1890 einstimmig angenommene Antrag lautet: „Unter dankbarer Anerkennung des reichlichen Segens, der von dem Amte der General-Superintendenten sich in die Kirche unserer Provinz ergossen hat, in der Erwägung jedoch — wie sie auch von nächst beteiligter Seite bestätigt wird — daß bei der beschränkten Zahl von nur zwei General-Superintendenten die landesweitlich geübten Verhältnisse der Provinz ins Auge faßten.“ — Der einstimmige Beschluß vom 26. Oktober 1893 lautet: „Provinzial-Synode hat mit herzlichem Dank die von dem Herrn Präsidenten des Königlich-königlichen Ausgegebenen Erklärung, es sei anzunehmen, daß der nächste Landestageshaushalt eine den Wünschen der Synode entsprechende Ausgestaltung der Provinzial-Synode durch die Errichtung einer dritten General-Superintendenten in der Provinz Sachsen enthalten werde, entgegenzunehmen. Aber bei der großen Dringlichkeit der für unsere Provinzialkirche wichtigen Angelegenheit richtet Provinzial-Synode an den Evangelischen Oberkirchenrat unter Bezugnahme des warmsten Dankes für das bisherige Eingehen derselben auf ihren Antrag vom Jahre 1890 von neuem die dringliche Bitte, vorerst mit allen Kräften auf möglichst frühestmögliche Errichtung einer dritten General-Superintendenten hinzuwirken.“ Zur Begründung führt der Berichterstatter aus: Es besteht hier und da die Annahme, daß, da drei Synoden sich mit der Angelegenheit nicht mehr beschäftigt hätten, die Neurechtung einer dritten General-Superintendenten in der Provinz Sachsen hinsichtlich der Provinzial-Synode nicht mehr notwendig sei. Dies sei jedoch nicht der Fall, und so wäre es wohl an der Zeit, die Angelegenheit aus der Verjährung herauszuführen. Im Abgeordnetenhaus sei die Frage auch mehrmals zur Sprache gekommen. Graf Wartenstein sei dort nach wie vor für die Neurechtung einer dritten General-Superintendenten eingetreten. Seiner aber habe sich nicht mehr erledigt, und aus Gründen der Zweckmäßigkeit sei es daher angebracht, wieder einmal von Seiten der Provinzial-Synode Stellung zur Angelegenheit zu nehmen. Redner geht dann auf die Begründungen ein, die in den Synoden von 1890, 1893 und 1896 gegeben wurden. Ein Bedürfnis sei von Evangel. Oberkirchenrat stets anerkannt worden. Die Einwohnerviertel habe sich vermehrt, die Geistlichen seien mehr geworden, und in gleichem Verhältnis sei die Arbeit der General-Superintendenten gewachsen. Neue Wünsche würden von jeder Provinzial-Synode an die General-Superintendenten gestellt, so daß man daher auch eine Konzeption ziehen müsse. Redner bittet, folgenden Antrag auszusprechen: In Erwägung, daß schon in den Jahren 1890, 1893 und 1896 die Errichtung einer dritten General-Superintendenten für die Provinz Sachsen und erbeten worden ist und daß in der Zwischenzeit infolge des Anwachsens der Bevölkerung und der Zunahme der an die persönliche Tätigkeit der General-Superintendenten gestellten Anforderungen das Bedürfnis noch wesentlich größer geworden ist, wird der Evangelische Oberkirchenrat gebeten, seine Bemühungen um Errichtung einer dritten General-Superintendenten wieder aufzunehmen. General-Superintendent D. Bierlage bemerkt, daß es marterliche Schwierigkeiten mit sich bringe, die Beschäftigung der beiden General-Superintendenten zu vergrößern. Die Beschäftigung

